

Vorlage an die  
Stadtverordnetenversammlung

<b>Drucksache</b>	
- öffentlich -	
<b>DS-251/21-26</b>	
Datum	07.07.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	12.07.2022	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	12.07.2022	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	21.07.2022	beschließend

**Betreff:**

**Ankündigungsbeschluss zum 7. Nachtrag der Abfallgebührensatzung zum 01.08.2022**

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

**Beschlusstext:**

**Kenntnisnahme:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die kommunale Aufsichtsbehörde (RP Darmstadt) auf die Einhaltung des Kostendeckungsprinzips bei gebührenrechnenden Einrichtungen und auf die Anpassung der Abfallgebührensatzung hingewiesen hat.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass rückwirkend zum 01.08.2022 eine Anpassung der Abfallgebühren im Rahmen des 7. Nachtrags der Abfallgebührensatzung der Stadt Rüsselsheim am Main auf der Grundlage des § 3 des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) erfolgt.

**Begründung:**

**A. Ziel**

Das Ziel ist die Erhebung einer kostendeckenden Abfallgebühr auf der Grundlage des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG).

**B. Ausgangslage**

Der Anstalt des öffentlich Rechts (AöR) Städteservice Raunheim/Rüsselsheim wurde mit deren Gründung zum 01.01.2006 die Aufgaben der Abfallentsorgung übertragen (§ 2 Abs. 1 Buchstabe a) der Anstaltssatzung der Städteservice Rüsselsheim/Raunheim AöR). Die Gebührenhoheit verblieb jedoch bei der Stadt Rüsselsheim am Main, geregelt in der städtischen Abfallgebührensatzung.

Mit der Genehmigung des Wirtschaftsplans 2021 der (AöR) hat die Kommunalaufsicht erstmals auf das Erfordernis einer Neukalkulation und Anpassung der Abfallgebühren hingewiesen. Daraufhin hat die AöR mit einer Neukalkulation begonnen.

Am 14.01.2022 hat die AöR in einem aufsichtsbehördlichen Gespräch über die notwendige Anpassung der Abfallgebührensatzung dem RP berichtet. In diesem Gespräch wurden von der AöR auch verschiedene Gebührenmodelle, die eine stufenweise Erhöhung der Abfallgebühren über mehrere Jahre vorsahen, vorgestellt. Diese wurden von den Vertretern des Regierungspräsidiums jedoch verworfen.

Mit Schreiben vom 10.03.2022 (Anlage 1) hat das Regierungspräsidium die Stadt Rüsselsheim am Main auf die rechtlichen Vorgaben hingewiesen. Das Regierungspräsidium weist daraufhin, dass für gebührenfinanzierte Bereiche, wie die Abfallentsorgung, ausnahmslos das Kostendeckungsprinzip nach dem KAG gilt. Daher steht die Stadt Rüsselsheim am Main als Anstaltsträgerin in der zwingenden Pflicht, die kostendeckenden Gebühren in einer entsprechend überarbeiteten Gebührensatzung festzulegen.

Mit Schreiben vom 21.06.2022 (s. Anlage 2) hat das Regierungspräsidium nochmals auf die rechtlichen Vorgaben hingewiesen. Im Hinblick auf die Sicherstellung einer rechtskonformen Gebührenerhebung und der genannten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt besteht aus aufsichtsbehördlicher Sicht ein dringender Handlungsbedarf. Die rechtlichen Möglichkeiten einer rückwirkenden Gebührenerhöhung sollten bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Dazu ist ein Ankündigungsbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Des Weiteren wurde eine Berichtspflicht zum 30.06.2022, der der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben ist, verfügt. Der Bericht ist als Anlage 3 beigelegt.

### **C. Beschlusshistorie**

Die letzte Beschlussfassung zur Abfallgebührensatzung erfolgte mit DS-343/11-16 „Anpassungen von Gebührensatzungen aufgrund Änderungen des Kommunalen Abgabengesetz (KAG)“ am 10.04.2014. Die letzte Änderung der Abfallgebühren erfolgte mit DS-Nr. 506 „5. Nachtrag zur Abfallgebührensatzung“ am 09.02.2006.

### **D. Gesetzliche Grundlage**

Gesetzliche Grundlage sind die §§ 3 und 10 KAG.

### **E. Problem**

Die Neukalkulation und Anpassung der Abfallgebühren muss unverzüglich stattfinden, um die gesetzlichen Vorgaben des KAG einzuhalten.

Eine Subventionierung der Abfallgebühren durch die Stadt Rüsselsheim am Main als Anstaltsträgerin der AöR und damit letztendlich durch den Steuerzahlenden ist rechtlich nicht zulässig.

Aufgrund der anstehenden Sommerpause ist es nicht mehr möglich, eine Gebührenkalkulation und die Anpassung der Gebührensatzung in den städtischen Gremien zeitlich angemessen zu beraten und zu beschließen.

## **F. Lösung**

Um rückwirkend die Abfallgebühren erhöhen zu können, ist es erforderlich den entsprechenden Ankündigungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 1 Kommunales Abgabengesetz (KAG) zu fassen und zu veröffentlichen. Die Stadt Rüsselsheim am Main beabsichtigt, im zweiten Halbjahr 2022 rückwirkend zum 01.08.2022 die Abfallgebühren zu erhöhen und die Abfallgebührensatzung zu ändern.

Mit der Beschlussfassung eines Ankündigungsbeschlusses hat sich die Stadtverordnetenversammlung auf nichts festgelegt. Sie trifft damit lediglich die Entscheidung, falls es zu einer Änderung der Abfallgebührensatzung durch separate Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2022 käme, dass diese Änderungen zum 01.08.2022 rückwirkend in Kraft treten.

## **G. Alternativen**

Mit dem Regierungspräsidium wurden verschiedene Alternativen, wie eine stufenweise Gebührenanpassung, diskutiert, die jedoch alle vom Regierungspräsidium verworfen wurden. Das Regierungspräsidium fordert die Umsetzung einer kostendeckenden Gebührenkalkulation.

## **H. Auswirkung auf Dritte**

Die Anpassung der Abfallgebühren führt voraussichtlich zu einer Mehrbelastung der Gebührenpflichtigen.

## **I. Weiteres Vorgehen**

Die Gebührenkalkulation wird abgeschlossen und den Stadtverordneten nach der Sommerpause in einer entsprechenden Drucksache zur Beschlussfassung vorgelegt.

Rüsselsheim am Main, den 12.07.2022

Udo Bausch  
Oberbürgermeister